

Gemeingüter fordern uns heraus

Gemeingüter. Forschung für die Zukunft

Für die meisten Menschen verbindet sich die Idee der Gemeingüter (Commons) zunächst mit Ressourcen, die wir gemeinsam nutzen; mit Wassereinzugsgebieten zum Beispiel, oder mit Bewässerungssystemen, Fischbeständen, Weideflächen und Wäldern. Fehlen klare Vereinbarungen für den Umgang mit solchen Ressourcen, so laufen sie Gefahr übernutzt, überweidet und ausgeplündert zu werden. Seit Jahrzehnten erforschen wir im Bloomington Workshop für Politische Theorie und Analyse, wie solche Vereinbarungen zustande kommen. Der Workshop gilt mitunter als Modell für innovative sozialwissenschaftliche Forschung. Tatsächlich ist die Arbeit dort methodisch sehr vielfältig, sie bringt stets sehr unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen zusammen, sie bleibt immer auf konkrete Erfahrungen konzentriert und sie geht zugleich theoretischen Fragen zur Politikgestaltung nach.

Jedes Forschungsvorhaben ist in ein breiter angelegtes Forschungsprogramm eingebettet, welches die bestehenden Grenzen zwischen den Forschungsdisziplinen überschreitet

und die Erforschung des kollektiven Handelns vorantreibt.

Es geht uns um die Entwicklung einer empirisch gestützten Theorie des kollektiven Handelns, die auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung beruht.

Viele Politikerinnen und Politiker neigen dazu, die Marktordnung nach Adam Smith für alle privaten Güter und den Leviathan* des Thomas Hobbes – den wir heute als »souveränen Staat« kennen – für alle gemeinschaftlich genutzten Güter zu empfehlen.

Doch diese Gegensätze – privat gegen öffentlich, Markt gegen Staat – sind ärmlich. Das Denken in Gegensätzen kommt auch daher, dass sich die Politische Ökonomie in zwei Disziplinen geteilt hat: die Politik- und die Wirtschaftswissenschaft. Beide haben sich eigenständig weiterentwickelt. Das Problem dabei ist, dass wissenschaftliche Spezialisierung zwar gewisse Vorteile bringt, aber Überspezialisierung birgt eher Gefahren. Zum bedauerlichen Erbe dieser Überspezialisierung gehört auch, dass in der Politik in der Regel weit reichende Vorschriften gemacht werden, die oft auf sehr stilisierten Vorstellungen über die starke Wirkung von Institutionen beruhen.

Und als wäre dies nicht genug, hat die gängige Theorie des kollektiven Handelns die Idee verstärkt, der Staat sei die einzige Alternative zum Markt. Diese Annahme unterstellt, dass freiwillige Selbstorganisation zur Bereitstellung öffentlicher Güter* oder zur Verwaltung von Gemeinressourcen höchst unwahrscheinlich ist. Die Ökonomen empfehlen deshalb auf der einen Seite immer schnell, *der* Staat solle sich

kümmern, sobald sie merken, dass marktbasierete Lösungen scheitern. Dabei fragen sie nicht, was in staatlichen Institutionen getan werden kann und muss, um sie für die Bewältigung dieser Aufgaben leistungsfähiger zu machen. Auf der anderen Seite setzen Politikwissenschaftler und Berater aber auf »Privatisierung«, sobald sich zeigt, dass zentralisierte staatliche Institutionen an ihre Grenzen kommen. Auch sie mögeln sich um die Frage herum, wie konkrete Anreize zu schaffen sind, die die Beiträge und Verantwortungsübernahme der Einzelnen verbessern.

In den 70er-Jahren und Anfang der 80er-Jahre führten wir sehr umfassende Feldstudien durch. Es ging um die Folgen institutioneller Regelungen für die Effizienz und Anpassungsfähigkeit städtischer Dienstleistungen in amerikanischen Großstädten. Unsere jüngeren Forschungen zur gemeinschaftlichen Nutzung von Gemeinressourcen sind sehr bekannt, aber die theoretische Dimension des Ganzen ist es weniger.

Meine Hoffnung ist, dass unsere theoretischen Analysen sowie die Arbeit in der Praxis und im Laboratorium zu einer empirisch belastbaren Theorie von Selbstorganisation und Selbstverwaltung beitragen. Diese beiden Dinge prägen die Gemeingüter.

Gemeingüter. Ein Raum für Kooperation

Viele Menschen denken auch, bei Gemeingütern ginge es um gestrige Formen gemeinschaftlicher Selbstorganisation

und Selbstverwaltung von natürlichen Ressourcen. Die Gemeinschaften, von denen dann die Rede ist, bekommen aus dieser Perspektive einen archaisch-exotischen Zug. Andere glauben, Commons würden allmählich verschwinden – wie Reliquien der Vergangenheit, die von modernen Institutionen ersetzt werden. All jenen aber, die an der Vitalität der Gemeingüter zweifeln, sei ins Stammbuch geschrieben, dass auch heute zahlreiche Commons-Institutionen existieren und gedeihen. Und dabei geht es beileibe nicht nur um die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Selbst moderne Unternehmen sind dafür ein Beispiel. Seit den Arbeiten des Briten Ronald Coase, der 1991 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt, beginnen die Experten für Industrieorganisation zu verstehen, dass auch ein modernes Unternehmen einige Eigenschaften mit Commons-Institutionen teilt. So wie ein moderner Komplex von Eigentumswohnungen sozusagen eine Commons-Institution ist. Während die Familien Eigentümer ihrer Wohnungen sind, haben sie gemeinsame Rechte und Pflichten für den Umgang mit dem Gebäude oder der Wohnanlage. Einige der originellsten Projekte zur Verbesserung der Stadtquartiere und der nachbarschaftlichen Beziehungen beabsichtigen deshalb, Mietern von Sozialwohnungen den Kollektivbesitz und die gemeinschaftliche Verwaltung ihrer Wohnhäuser zu sichern. Hier wird also staatliches Eigentum in gemeinschaftliches Eigentum überführt.

Auch das Internet ist ein Gemeingut. Es spielt im modernen Leben eine unglaublich wichtige Rolle. Die Allmende ist also sehr aktuell und keineswegs ein Relikt der Vergangenheit.